

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 13.11.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Niederfranke
Frau Osthus bis 18.45 Uhr
Herr Schön
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz	Integrationsrat	bis 19.15 Uhr
Frau Huber	Seniorenrat	bis 19.10 Uhr
Herr Heuer	Beirat für Behindertenfragen	bis 18.25 Uhr
Herr Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen	ab 18.00 Uhr

Stellvertretende Mitglieder

Herr Schuster -BfB-

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Dr. Delius

Herr Feix
 Frau Dammann
 Frau Grewe

Herr Metzger
 Frau Beckmann-Schönwälder
 Frau Kleiner
 Herr Hagedorn
 Herr Linnenbürger

Herr Turan

Gäste

Herr Großegödinghaus
 Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Amt für Integration und interkulturelle
 Angelegenheiten
 Bauamt
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 3
 Bauamt
 Projektbüro für Integrierte
 Sozialplanung und Prävention
 Amt für Integration und interkulturelle
 Angelegenheiten

AGW
 CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und bittet um ihr Einverständnis für Fotoaufnahmen während der Sitzung. Die Studentin Frau Jansen werde sie persönlich über mehrere Wochen begleiten und die Aufnahmen im Rahmen ihrer Masterarbeit verwenden. Die Anwesenden haben keine Einwände gegen die Aufnahmen. Zu den kritischen Äußerungen von Herrn Weber in der Zeitung zur weiteren Absage der Arbeitsgruppensitzung zur Weiterentwicklung der Leistungsverträge führt Vorsitzende Frau Schrader aus, dass die erste Absage im Einvernehmen mit allen Fraktionen erfolgt sei. Darüber hinaus sei es üblich, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmelde, dass eine Sitzung verschoben werde. In diesem Fall habe die SPD-Fraktion noch weiteren Beratungsbedarf angemeldet und dem sei Rechnung getragen worden. Herr Weber äußert sein Unverständnis darüber, dass der Beratungsbedarf nicht innerhalb von acht Wochen zu klären gewesen sei. Er sehe derzeit keine effektive Nutzung der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Leistungsverträge.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 27. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.08.2012****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.08.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.09.2012****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.09.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

**Zu Punkt 3.1 Entwicklung eines kommunalen Inklusionsplanes
-Beschlussfassung des Beirates für Behindertenfragen,
Drucks.-Nr. 4475/2009-2014-**

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die erste Beschlussfassung des SGA am 10.01.2012 und die Mitteilung der Verwaltung am 06.03.2012. Zwischenzeitlich habe die Landesregierung die bis dahin noch fehlenden Richtlinien im Rahmen eines Aktionsplanes veröffentlicht. In der Dezembersitzung werde die Verwaltung einen Verfahrensvorschlag unterbreiten.

Zu Punkt 3.2 Geänderte Rechtsprechung zu Unterkunftskosten volljähriger Kinder im Haushalt der Eltern

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Erhöhung der Regelsätze

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 3.4 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014 im
Dezernat Soziales Maßnahmen mit befristetem Einsatz von**

Personal zur Reduzierung von Personalaufwendungen

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Auf Nachfrage von Frau Dr. Ober sagt er eine detaillierte Darstellung der Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen für das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- zu, bei denen ein zusätzlicher Personaleinsatz erfolge. Sie würden zur zweiten Lesung der Haushaltsplanberatungen vorgelegt.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK)

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die in der KGK am 31.10.2012 behandelten Themen. Sie habe u. a. dem Pflegeüberleitungsbrief zugestimmt und sich mit „Klimawandel und Gesundheit“ beschäftigt. Nach einem Vortrag der Universität Bielefeld sei deutlich geworden, dass man sich Gedanken über Klimaanpassungsstrategien machen müsse.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Sitzungstermine 2013

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf den mit der Einladung versandten Sitzungsplan 2013, in dem auch die Sitzungen der Beiräte zu entnehmen seien.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Präventionskonferenz am 01.10.2012

Herr Linnenbürger teilt mit, dass eine Zusammenfassung der Präsentationen im Rahmen der Niederschrift im Ratsinformationssystem veröffentlicht werde. Aufgrund des Umfangs wurde auf einen Ausdruck verzichtet.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Informierung von Berechtigten zu Überprüfungsanträgen und rückwirkende Anerkennung der Kosten der Unterkunft (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.11.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4933/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte schriftliche Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Herr Dr. Schmitz bedankt sich für die Antwort, bittet aber um Klärung, warum die rückwirkende Anerkennung nur zum 01.01.2011 erfolge und nicht ab Wirksamkeit des Gesetzes zum 01.01.2010. Die Verwaltung sagt zu, detailliertere Informationen nachzureichen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2**Bildungs- und Teilhabeleistungen**

Bezug: Antwort auf die Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 29.12.2011 für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.02.2012 (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.11.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4934/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schmitz führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Zweckgebundenheit von Finanzmitteln bestehen bleibe, auch wenn sie nicht verausgabt worden seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5**Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6**Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2012**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4908/2009-2014

Herr Metzger und Herr Hagedorn informieren über die wesentlichen Ergebnisse des Wohnungsmarktberichtes 2012. Schwerpunktmäßig berichten sie über die Quartiersentwicklung als städtebaulicher

Entwicklungsaspekt für das soziale Gefüge im Wohnquartier (**Anlage 3**). Auf Fragen von Frau Geilhaar, Herrn Weber, Frau Schneider, Beigeordneten Herrn Kähler und Frau Cascante führen Herr Metzger und Herr Hagedorn aus, dass die geringe Anzahl von energetischen Sanierungen im Bereich der 1-Familien-Häuser vielschichtige Gründe habe. Es sei nicht bekannt, inwieweit Energiekosteneinsparungen evtl. Mietpreiserhöhungen aufgrund energetischer Sanierungen kompensieren. Zukünftige politische Überlegungen sollten die veränderten vielfältigen Wohngewohnheiten der Bevölkerung berücksichtigen (z. B. Studenten nach dem Studium, Mehrgenerationenhäuser, etc.). Die Entwicklung der Mieten im Stadtbezirk Mitte würde schon seit längerem beobachtet. Es werde versucht durch Gespräche mit Investoren geförderten Wohnraum zu installieren. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus gestalte sich das zurzeit sehr schwierig. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ habe nicht die gewünschte Resonanz gezeigt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Ergebnisse des Modellprojekts "Frühwarn- und Frühinterventionssystem zur Vermeidung und Bewältigung psychiatrischer Krisen" mit dem Ziel der Reduzierung von zwangsweisen Unterbringungen nach dem PsychKG NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4879/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Ein regelmäßiger Austausch zwischen den im Hilfesystem Beteiligten solle über den Abschluss von Kooperationserklärungen erzielt werden. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass die ärztliche Krisenintervention nachts sowie an Wochenenden und Feiertagen mangels finanzieller Mittel mit Auslaufen des Projektes zum 28.02.2013 nicht fortgeführt werden könne.

Im Rahmen des Modellprojektes sei ein Wegweiser „Hilfen bei psychischen Krisen“ erstellt worden. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde bereits eine zweite Auflage gedruckt. Er ist auch auf der Homepage der Stadt Bielefeld hinterlegt.

Herr Weber und Frau Rathsmann-Kronshage bewerten den Wegweiser als sehr gelungen. Fragen werden von Beigeordneter Frau Ritschel und Frau Dr. Delius beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8**Unterbringung ausländischer Flüchtlinge in städtischen Übergangsheimen und Integration in Wohnungen - Entwicklung und aktuelle Situation**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4916/2009-2014

Herr Feix informiert über die wesentlichen Aspekte der Vorlage und stellt den dringenden Handlungsbedarf und die sich daraus ergebenden erforderlichen Anpassungen heraus.

Frau Grewe und Herr Turan teilen mit, dass die sozialarbeiterische Betreuung der Flüchtlinge über das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten gewährleistet werde. Aufgrund des hohen Beratungsbedarfes sei die Betreuung sehr arbeitsintensiv. Schwierig gestalte sich die Unterbringung von kinderreichen Familien. Die Flüchtlinge würden nach einer Unterbringung in eine Wohnung noch ein weiteres Jahr sozialarbeiterisch betreut.

Auf Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Winkelmann und Herrn Weber führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Vermittlungsfrist von 12 Monaten im Rahmen des Projektes „Unterkünfte – besser ist wohnen“ beschlossen worden sei. Der Personenkreis der einheimischen Wohnungslosen unterscheide sich allerdings erheblich vom Personenkreis der Flüchtlinge. Die Kapazitätsgrenzen im Bereich der sozialarbeiterischen Betreuung und der Wohnraumversorgung seien erreicht. Die Verwaltung prüfe derzeit einen Mehreinsatz an Hilfen, der dann langfristig auch eine Kostenersparnis erzielen soll. Bei Veränderungen im Sozialförderungssystem sei die Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes unabdingbar.

Flüchtlinge, bei denen eine psychische Erkrankung diagnostiziert werde, haben Anspruch auf alle nach dem SGB XII vorgesehenen Leistungen. Herr Turan ergänzt, dass sich die Behandlung von posttraumatischen Erkrankungen, aufgrund fehlender Therapeuten in den benötigten Sprachen, als schwierig darstelle.

Beigeordneter Herr Kähler sagt eine Vorlage der Verwaltung über die Weiterentwicklung der Unterbringung ausländischer Flüchtlinge in städtischen Übergangsheimen und Integration in Wohnungen für Anfang 2013 zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9**7. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld vom 10.03.1997**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4734/2009-2014

Auf Nachfragen von Herrn Dr. Schmitz führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die starke Erhöhung in der Unterkunft „Teichsheid“

erforderlich sei, da eine Anpassung in den vergangenen Jahren unterblieben sei. Bei den übrigen Unterkünften sei eine sukzessive finanzielle Anpassung erfolgt. Es sei zu beachten, dass die Steigerungen auf die Verbrauchsgebühr zurückzuführen seien. Auf Wunsch von Herrn Dr. Schmitz sagt Beigeordneter Herr Kähler eine Aufschlüsselung der Kostensteigerung zu.

Beschluss:

Die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld wird nach Vorlage (Anlage 2) beschlossen.

- bei einer Gegenstimme mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10 Haushaltsplanberatungen 2013, 1. Lesung

Zu Punkt 10.1 Haushaltsplan 2013 für den Stab des Dezernates 5 -095-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4888/2009-2014

Es gibt keine Nachfragen.

1. Lesung -

Zu Punkt 10.2 Haushaltsplan 2013 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4804/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler weist auf Nachfrage von Frau Dr. Ober darauf hin, dass die Etatisierung für die Mittel des BAJ im Haushaltsplan des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt- erfolge.

1. Lesung -

Zu Punkt 10.3 Haushaltsplan 2013 ff. für die Produktgruppen 11.02.03 -Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung, 11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05 -Fleischhygiene, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02-Gutachten und Stellungnahmen, - 11.07.03 Gesundheitshilfe und 11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz sowie der Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4853/2009-2014

Es gibt keine Nachfragen.

1. Lesung -

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)